



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 83
Fernschreiber 0896890

P/XIII/146 - 3. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Bewegung in der europäischen Politik Höchste Wachsamkeit für Bonn geboten Von G. Markschoffel	88
3 - 4	Vor der Staatsreform in Frankreich Die Pläne des neuen Ministerpräsidenten	73
5	Gegen die Verunreinigung des Rheins Von H. G. Ritzel, MdB	51
6 - 7	Verbitterung über Brentano Elten und Seiffen sind Handelsobjekte geworden	65

* * * * *
* * * * *

Bewegung in der europäischen Politik

Von G. Markscheffel

Wenn der amerikanische Außenminister John Foster Dulles in Paris eintrifft, wird er einen französischen Ministerpräsidenten vorfinden, der gewillt ist, Frankreich wieder eine vorherrschende Stellung in Europa zu geben. Das ist de Gaulles erklärte Absicht. Er hat es vor wenigen Tagen dem britischen Premierminister Macmillan gesagt, und auch bei der deutschen Botschaft in Paris weiss man, dass de Gaulle systematisch dieses Ziel anstrebt.

Zunächst will de Gaulle erreichen, dass die wichtigsten NATO-Partner - die USA und Grossbritannien - ihre Zustimmung zur Eingliederung Frankreichs in die Gruppe der westlichen Atomkräfte geben. Wenn nicht alles täuscht, hat er diese Zustimmung bereits in der Tasche, wobei nur noch unklar bleibt, ob auch die Bundesrepublik Atomkraft werden soll. In der nächsten Umgebung de Gaulles meint man, dass die Bundesrepublik "im Interesse der Entspannung" nicht dem westlichen Atomklub angehören sollte und dass es vorzuziehen sei, Frankreich als neue Atomkraft die Rolle der westeuropäischen Bastion innerhalb der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu geben. Es gibt auch namhafte Politiker in der Umgebung des neuen französischen Ministerpräsidenten, die glauben, dass eine Ausklammerung der Bundesrepublik aus der westlichen atomaren Bewaffnung Ansatzpunkte zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa bieten könnte. Ob auf der Grundlage der Spaltung oder der Wiedervereinigung Deutschlands - diese Überlegung spielt in Paris eine Rolle von untergeordneter Bedeutung...

In Warschau hat man für neue politische Konstruktionen dieser Art ein sehr waches Gefühl. Das Zentralorgan der polnischen KP, "Trybuna Ludu", befaasete sich dieser Tage bereits mit Gerüchten über einen "französischen Rapacki-Plan" und meint, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa würde dem im französischen Volk allgemein vertretenen Bestreben nach einer internationalen Entspannung entsprechen.

In Pariser politischen Kreisen ist es allgemein bekannt, dass der frühere französische Ministerpräsident Paul Reynaud seinen Aufenthalt in Moskau dazu benutzt hat, um mit Chruschtschow und Mikojan die Frage zu erörtern, ob die Sowjetunion unter Umständen bereit sei, die französischen Bestrebungen auf Ausschaltung der Bundesrepublik und der DDR aus dem atomaren Wettrüsten gutzuheissen. Als Preis für die Unterstützung eines solcher französischen Planes soll Moskau Frankreichs kommunistische Partei veranlassen, ihre Vorbehalte gegenüber dem "Experiment de Gaulle" wenn nicht gänzlich aufzugeben, so doch mindestens im Rahmen einer gemässigten Opposition zu halten.

Schon lange fällt es auf, dass die kommunistische Partei Frankreichs und die von ihr massgeblich beeinflusste stärkste Gewerkschafts-

3. Juli 1958

Bewegung CGT (Confédération Générale du Travail) im Grunde genommen auf der Stelle tritt. Sie hat keineswegs wie in den vergangenen Jahren bei vielen wesentlich unwichtigeren Anlässen als bei der Machtübernahme durch die Gaulle zu Streiks und sogar zu Generalstreiks aufgerufen. Diesmal ist sie ruhig geblieben und hat nur die üblichen papierernen Proteste von sich gegeben. Wie es heisst, hat der sowjetische Botschafter in Paris, Winogradow, hierbei eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Er nennt sich selbst einen "Freund de Gaulles" und glaubt fest daran, dass der "Befreier Frankreichs" früher oder später wieder das russisch-französische Bündnis aktivieren wird.

So merkwürdig es klingen mag: Die Amerikaner scheinen den Zielsetzungen de Gaulles keinen allzu grossen Widerstand entgegenzusetzen. Aus Washington wurde bekannt, Dulles sei bereit, Frankreich in den "westlichen Atomklub" aufzunehmen, wenn er dafür von General de Gaulle die Garantie erhält, dass die NATO-Konstruktion an der westlichen Peripherie Europas unangetastet bleibt. Das Verhalten der Amerikaner bei den Vorbereitungen zu der jetzt in Genf stattfindenden Expertenkonferenz über die Untersuchung von Möglichkeiten zur Kontrolle der A- und H-Waffen-Versuche, lässt darauf schliessen, dass man in den USA den Gesprächsfaden mit Moskau nicht abreißen lassen will und möglicherweise sogar bereit ist, Frankreich direkt - unter Ausschaltung der Bundesrepublik - in die weiteren Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz aktiver als bisher einzuschalten.

Die grosse Unbekannte in diesem Spiel ist und bleibt das Schicksal Deutschlands. Aus diesem Grunde ist der einstimmig gefasste Beschluss des Bundestages vom Mittwoch dieser Woche zu begrüssen, wonach die Grossmächte USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion aufgefordert werden sollen, eine ständige Expertenkonferenz zur Erörterung des Deutschlandproblems einzusetzen. Es scheint höchste Eile zu sein, in der Wiedervereinigungsfrage aktiv zu werden, denn es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die langjährigen Versäumnisse der Bundesregierung im Zuge der Neuentwicklung der europäischen Politik nach der Regierungswechsel in Frankreich unangenehme Überraschungen für uns bringen können. An der deutschen Botschaft in Paris weiss man um diese Dinge und hat Sonn rechtzeitig gewarnt.

Die Situation wäre heute gewiss anders, wenn die Bundesregierung um die Jahreswende selbst initiativ in Richtung auf Verhandlungen über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa (Capacki-Plan) geworden wäre. In der Schaffung einer Entspannungszone im Herzen Europas liegt die grösste Chance für die Wiedervereinigung Deutschlands. Heute muss sich diese Bundesregierung im Anhängerwagen der Grossmächte drum bemühen, ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Je eher sie es tut, und zwar gestützt auf einen einstimmigen Beschluss des Bundestages, umso besser wird es für das Schicksal Deutschlands sein.

3. Juli 1958

Vor der Staatsreform in Frankreich

-3- , Paris

"Die Vierte Republik ist tot, es lebe die Fünfte Republik". Dieser Ruf erschallt jetzt in allen öffentlichen Reden und in der Presse. Mit dem Verschwinden der Vierten Republik hat sich das französische Volk ohne Widerstand und ohne Murren abgefunden. Sie hatte die Verwirklichung einer neuen Gesellschaft, fassend auf einer echten Demokratie der gegenseitigen Achtung und Anerkennung, auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit versprochen - und wurde in ihrer zwölfjährigen Existenz eine Republik der Schwäche, der Grundsatzlosigkeit, des Gruppen-Egoismus und der staatlichen Hilflosigkeit, die dem ersten ernstesten Ansturm ihrer Gegner erlag, weil niemand die Hand zu ihrer Verteidigung erhob.

General de Gaulle, von weiten Bevölkerungsschichten als Retter aus aller Not begrüßt, von anderen Kreisen als Usurpator betrachtet, der zwar nicht selbst die Verfassung vergewaltigte, aber schwieg, als sie durch französische Extremisten und Faschisten, unterstützt von einflussreichen Militärs vergewaltigt wurde, wird auf dem Weg des Volksentscheids eine neue Verfassung verwirklichen. Seine Methode entspricht nicht den demokratischen Gepflogenheiten eines Landes, das seit der Boulanger-Affäre Plebiszite verabscheut. Im jetzigen Fall trägt sie den Charakter des Caesarismus, den bereits in den ersten Nachkriegsjahren der greise Sozialistenführer Léon Blum General de Gaulle zum Vorwurf machte.

Die neue französische Verfassung soll der Regierung Autorität und Stabilität verschaffen. Die ungezählten Regierungskrisen der Nachkriegszeit haben die Notwendigkeit dafür gezeigt. Im Augenblick beruht alle Autorität der Regierung auf General de Gaulle, der sie weniger von den ausserordentlichen Vollmachten ableitet, die ihm das Parlament in der Stunde der Angst gewährte, als auf dem Vertrauen breiter Bevölkerungskreise und dem Machteinfluss der militärischen und ausserparlamentarischen Kreise, die ihn in der Mai-Krise zum Leiter der Geschicke Frankreichs machten. Diese nur der Persönlichkeit de Gaulles eigene Autorität soll nun den Forderungen der Promotoren der neuen Verfassung gemäss zur Geltung kommen. Diese Autorität ist anti-parlamentarischer Herkunft und un-demokratischer Substanz, sie will - zum Teil bewusst - den Volkswillen negieren und soll autokratische Tendenzen verfassungsgemäss verankern. Eine Führer-Mystik macht sich geltend und wer auf-

merksam die Stilwandlerungen in öffentlichen Reden und in der französischen Presse beachtet, wird besorgt um die Zukunft Frankreichs.

Nach allem, was bisher über die Verfassungspläne bekannt wurde, will man die Kompetenzen des Staatspräsidenten, der Regierung und des Parlaments im Sinne der Stärkung der beiden erstgenannten Institutionen neu ordnen. Dem Staatspräsidenten soll allein das Recht eingeräumt werden, mit Zustimmung der Parlamentspräsidenten die Volksvertretung aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, sofern nicht bereits ein akuter Konflikt zwischen Regierung und Parlament besteht. Welche Möglichkeiten sich dadurch für einen autoritären Staatspräsidenten ergeben können, liegt offen zutage. Politische Konflikte stärkerer Art zwischen der Volksvertretung und dem Staatspräsidenten wären möglich, auch wenn sich beide streng an die verfassungsmässigen Grenzen hielten. Solche Konflikte sind umso mehr zu befürchten, als die Wahl des Staatspräsidenten nicht durch das Parlament, sondern durch ein Wahlkollegium von 50 000 bis 100 000 Delegierten erfolgen soll, in dem die wenigen hundert Parlamentarier eine verschwindende Minderheit darstellen und von den vielen Tausend Provinzial- und Gemeindevertretern politisch überstimmt würden.

Auch die Stellung des Regierungschefs soll gestärkt werden. Er soll künftig nach britischem Vorbild als Premierminister eine vorherrschende Stellung einnehmen, die man durch eine Neuregelung der parlamentarischen Vertrauens- oder Misstrauensfrage unterstreichen will. In dieser Beziehung dürfte das deutsche Grundgesetz als Vorbild für die Beziehungen zwischen Regierung, Regierungschef und Parlament gewählt werden, wobei allerdings nicht ausser Beachtung bleiben wird, dass das Zweikammersystem auch künftig in Frankreich Geltung haben und diese Beziehungen beeinflussen wird.

Welchen Charakter der neue Rat der Republik, Senat oder Rat der Französischen Union haben und welche Rolle er als zweite Kammer spielen wird, ist noch völlig ungeklärt. Sicher ist aber, dass er in indirekter Wahl gewählt werden und die parlamentarischen Entscheidungen stärker als bisher beeinflussen wird.

Von den politischen Parteien, die im Rahmen der Verfassungsreform auch um ihre Existenz kämpfen, wird es abhängen, wie stark die demokratische Substanz der Fünften Republik sein wird, die nach Zusagen General de Gaulles die Tradition der französischen Revolution aufrechterhalten soll.

Gegen die Verunreinigung des Rheins

Von H.G. Ritzel, MdB.

Vor kurzem habe ich die Bundesregierung gefragt, was sie unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt, um der alarmierenden Verunreinigung des Rheins und der damit verbundenen Minderung seiner Selbstreinigungskraft zu begegnen. Ich habe weiter gefragt, welche Massnahmen von Bundes- und Landesbehörden beabsichtigt sind, um die noch vorhandenen Fischbestände zu retten und schliesslich wollte ich wissen, was nach Auffassung der Bundesregierung geschehen soll, um in den abwasserverseuchten Strecken des Rheins das Gedeihen der für die Sauerstoffregulierung des Wassers notwendigen Flora zu ermöglichen.

Der zuständige Ressortminister, Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn, hat in Beantwortung meiner Anfragen erklärt, dass die Verunreinigung des Rheins seit vielen Jahren Gegenstand grösster Sorgen der Bundesregierung sei. Die für die Erfüllung meiner Forderungen erforderlichen Massnahmen bestehen nach der Erklärung von Dr. Seeborn in erster Linie in dem Bau und in dem ordnungsgemässen Betrieb von geeigneten Abwasserkläranlagen. Bis jetzt wurden seit 1949 insgesamt 135 Millionen DM in Form von Krediten für den Bau von Gemeindekläranlagen zur Verfügung gestellt. Für 1958 sind weitere rund 25 Millionen DM vorgesehen. Die Anlage von Industriekläranlagen wurde durch Darlehen und durch entsprechende Abschreibungsmöglichkeiten bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer gefördert. Nach Auskunft des Ministers sind in den Steuerjahren 1956 und 1957 im Gebiete des Rheins bereits Investitionen in Höhe von 40 Millionen DM auf diese Weise begünstigt worden.

Es besteht eine Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung. In dieser sind vertreten die Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Holland und die Bundesrepublik Deutschland. Nach langen Verhandlungen wurde erreicht, dass diese fünf Staaten nach einheitlichen Methoden Untersuchungen des Rheinwassers vornehmen, so dass festgestellt werden kann, welche Verunreinigungen nicht aus dem Gebiete der Bundesrepublik, sondern aus den Gemeinden und Industrien der Nachbaranliegerstaaten stammen. Hier kommen die Abwasser der schweizerischen Kaliwerke, besonders wegen ihres hohen Salzgehalts, als besonders gefährlich in Frage.

Im Niederschlagsgebiet des Rheins fallen täglich etwa 15 Millionen cbm Abwasser an, davon vier Millionen cbm häusliches Abwasser und elf Millionen cbm Industrieabwasser. Zur Behebung der sich daraus ergebenden Folgen sind laufend Massnahmen erforderlich. Es treten aber auch immer wieder neue Abwasserprobleme auf, nämlich in Bezug auf die Beschaffenheit des sehr verschiedenartigen Industrieabwassers und der Behandlungsmethoden. Der Bundesverkehrsminister hat Sachverständige und Institute mit entsprechenden Aufgaben beauftragt.

Eine Hauptschwierigkeit bezieht sich auf die Frage der staatsrechtlichen Zuständigkeit. Die Länder vertreten die Auffassung, sie seien zuständig, der Bund vertritt im Interesse einer grosszügigen und grossräumigen Gesamtleistung die Behauptung, er sei kompetent. In dieser Frage schwebt eine Normenkontrollklage zwischen dem Bund und dem Lande Hessen. Der Bund versucht im übrigen durch Erlass eines besonderen Gesetzes eine Klärung dieses Zuständigkeitsstreits herbeizuführen. Man sollte annehmen, dass es im Gesamtinteresse möglich sein müsse, zu einer Bereinigung der Kompetenzkonflikte zu kommen, damit nicht die gegen die Verunreinigung des Rheins erforderlichen Massnahmen verzögert oder gar gänzlich unterbunden werden.

Verbitterung über Brentano

sp - Aus der Gemeinde Elten bei Emmerich, die seit dem 23. April 1949 unter holländischer Verwaltung steht, klingt scharfe Erbitterung nach Bonn. Erst vor kurzer Zeit ist Bundesaußenminister von Brentano aus den Niederlanden zurückgekehrt, wo er versucht hatte, mit seinem holländischen Kollegen Dr. Luns die seit Monaten festgefahrener deutsch - niederländischen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Mittelpunkt des Gesamtproblems war die Frage der Rückkehr der Gemeinde Elten, des Selfkant und der Ortsteile Suderwick und Wyler in den deutschen Staatsverband. Hollands Bedingungen waren eine Lösung des Ems - Dollartproblems mit dem Hafen Delfzijl und die Erstattung von Wertpapieren, die von den deutschen Besatzungsbehörden im Kriege beschlagnahmt worden waren. Außerdem kam noch die Forderung nach einer Entschädigung für die holländischen Opfer des Dritten Reiches hinzu. Aber die Emsmündung und der Dollart standen doch im Mittelpunkt.

Die beiden Delegationen verhandelten in Den Haag und Bonn und fanden für das Ems - Dollartproblem eine gute Lösung. Das Fahrwasser in die Nordsee wird unter deutsch - niederländische Verwaltung gestellt und jeder Staat muß, will er Veränderungen an den Küsten, Ausbaggerungen der Fahrrinne usw. vornehmen, sich an die gemeinsame Verwaltung wenden. Diese Tatbestände, die offiziell niemals bekanntgegeben wurden, kamen durch Umwege an das Licht der Öffentlichkeit. Sonst herrschte die Geheimdiplomatie vor. Leider! Die Ergebnisse eines solchen Verfahrens unter NATO - Partnern kann man an folgendem Ereignis messen:

Am 23. Juni, abends gegen 20 Uhr, kam Außenminister Dr. von Brentano an den Grenzübergang Elrpt. Dort stand das deutsche Fernsehen und bat um eine Erklärung über den Verlauf der Gespräche mit Minister Luns. Brentano sagte, er käme aus einem befreundeten Land und könne mitteilen, daß die Hindernisse bei den deutsch-niederländischen

Verhandlungen beseitigt seien, so daß man nunmehr weitermachen könne.

Das klang wie ein erlösendes Wort. Auch und gerade für unsere Landsleute in Elten und Selfkant. Wenige Tage später aber stellte der erstaunte Rundfunkhörer fest, daß Brentano an der Wahrheit vorbeigesprochen hatte. In Wirklichkeit war die Atmosphäre in Den Haag so schlecht gewesen, daß künftig nur die Außenminister noch verhandeln werden. Delegationen können nicht mehr über die Runden dieser Verhandlungen kommen.

Den Haag hat die Bundesrepublik jetzt in eine sehr schwierige Lage gebracht. Pieter t' Hoen, Chefredakteur der linksunabhängigen Zeitung "Het Parool" hat die holländische Schwenkung schon vorher angedeutet. Er sprach von einer Ehrenschuld, die die Bundesrepublik als Testamentsvollstreckerin des Dritten Reiches den Holländern gegenüber abzutragen habe. Die Niederlande machen jetzt die Rückkehr von Elten und Selfkant nicht mehr allein von der Lösung des Ems-Dollartproblems, sondern auch von der Bezahlung einer angemessenen Entschädigung an die niederländischen Opfer der Konzentrationslager abhängig. Und diese "angemessene Entschädigung" ist nicht niedrig. Aber sie ist berechtigt. Es fehlt hier der Raum, die entsetzlichen Übergriffe der SS in Holland zu schildern, jedoch sei daran erinnert, daß auch Holland ein Opfervolk hatte, nämlich in Putten an der Zuiderzee. Anne Frank, das Mädchen aus Amsterdam, steht stellvertretend für ungezählte Juden, die nicht mehr heimkehrten.

Die Bürger von Elten und Selfkant sehen auch diese verhängnisvolle Hypothek, die nun einseitig auf ihren Schultern ruht. Aber dort ist sie falsch plaziert. Die Bundesregierung hat die Pflicht, die Eltener und die Bewohner des Selfkant von dieser Hypothek zu befreien und die holländischen Opfer zu entschädigen. Nicht nur ihrer wegen, sondern auch wegen der Rückkehr der deutschen Gebiete von Elten, Selfkant, Suderwick und Wyler. Schon um der Sowjetunion kein Argument in die Hand zu geben, daß nicht nur sie die Wiedervereinigung deutscher Gebietsteile mit dem Vaterland verhindere, sollte man die holländischen Pfänder schnellstens einlösen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel